

LEITARTIKEL

Annette Schavan

PISA und die Folgen

Bildung ist nicht schon das, was sich messen lässt. Gleichwohl gibt es Voraussetzungen für den Erfolg von Bildungsprozessen, für die die empirische Bildungsforschung Instrumente entwickelt hat, die uns Informationen über Erfolg und Misserfolg im Zugang zur Bildung geben. Das ist das Thema der uns bislang vorliegenden internationalen Vergleichsstudie PISA.

Mit dem Beschluss der Kultusministerkonferenz 1997 in Konstanz beteiligen sich die Länder in Deutschland seither an solchen internationalen Vergleichsstudien. Bildungspolitik erhält damit in einem wichtigen Segment, bezogen auf grundlegende Kulturtechniken und soziokulturelle Bedingungen der Bildung, ein empirisches Fundament. Ich halte das für einen Fortschritt in der Bildungspolitik, der uns Wege zur Verbesserung der Vergleichbarkeit im Zugang zur Bildung aufzeigen kann und Impulse zur Verbesserung der Lernkultur in unseren Schulen setzt.

Die Chancen, die damit verbunden sind, werden allerdings gefährdet, wenn mit festgestellten Schwächen jeweils der Eindruck erweckt wird, als müsse die Schule neu erfunden werden. Der bildungspolitische Umgang mit empirischen Vergleichsstudien muss so differenziert sein wie die Studien selbst. Die Veröffentlichung von Deutungen der gleichen Daten aus dem Jahre 2000 in drei Etappen hat eine differenzierte Diskussion nicht erleichtert. Es waren damit für einzelne Länder in Deutschland durchaus je nach Deutungsschicht unterschiedliche Botschaften verbunden. Das birgt die Gefahr virtueller Debatten und muss deshalb verbessert werden. Werden bei allen künftigen Studien die Auswertungen von Daten in jeweils mehreren Etappen veröffentlicht, wird es in Deutschland ein heilloses Diskussionsdurcheinander geben. Das Schlechtreden schulischer Arbeit ist ebenso schädlich wie die Schönfärberei. Beides sind keine guten Begleiter schulischer Reformprozesse, in denen wir mitten drin stecken. Die Lehrerinnen und Lehrer aller Schulen in Deutschland können von uns erwarten, dass wir ihre Bemühungen in den Reformprozessen auch positiv wahrnehmen und Fortschritte und Stärken öffentlich genauso benennen, wie wir uns mit den Schwachstellen beschäftigen. Diese sind allerdings Anlass zu einer tiefgreifenden Bildungsreform. Sie kann nur gelingen, wenn wir uns auf die wirklich wesentlichen Fragen des Reformprozesses konzentrieren.

Unter den 16 Ländern bestand zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der internationalen PISA-Studie Konsens darüber, dass die Antwort auf die Studie keine Strukturdebatten sein werden. Es zeigt sich im internationalen Vergleich, dass integrative wie gegliederte Schulsysteme ihre je eigenen Nachfolgeprobleme zu bewältigen haben. Eine Schulstruktur ist noch nicht in sich erfolgreich oder erfolglos. Für das gegliederte Schulwesen in Deutschland heißt dies, dass vor allem Wege zur Durchlässigkeit zwischen unterschiedlichen Schularten notwendig sind. Die nationale PISA-Studie zeigt darüber hinaus, dass Länder, in denen integrative Systeme in Form von Gesamtschulen existieren, insgesamt schlechter abschneiden als solche Länder, die ausschließlich im gegliederten Schulwesen geblieben sind. Ähnliches gilt für den Vergleich zwischen 4- und 6jährigen Grundschulen. Auch hier haben Untersuchungen aus den

90er Jahren und hat auch der jetzige nationale Ländervergleich einen Qualitätsvorsprung jener Länder gezeigt, die die 4jährige Grundschule haben. Zugleich zeigt sich, dass im nationalen Vergleich ein Land wie Baden-Württemberg, das durch die Einrichtung beruflicher Gymnasien und die Modernität der Hauptschule mit der Möglichkeit zum mittleren Bildungsabschluss bereits Instrumente für mehr Durchlässigkeit geschaffen hat, die sich positiv auf die Gesamtleistung des Systems auswirken. Ein Drittel aller Abiturienten in Baden-Württemberg geht den Weg vor allem über die Realschule und das berufliche Gymnasium, im Einzelfall auch über die Hauptschule mit mittlerem Abschluss und ein darauffolgendes berufliches Gymnasium. Wo also schon bislang bewusst Instrumente für mehr Durchlässigkeit geschaffen wurden, zeigt sich, dass die Entscheidung nach Klasse 4 für eine Schulart nicht schon die Entscheidung für einen bestimmten Bildungsabschluss, vielmehr die Entscheidung für ein bestimmtes Lern- und Schulkonzept ist. Im Blick darauf, dass in Deutschland soziale Herkunft eng gekoppelt ist an den schulischen Erfolg und den Schulabschluss, gilt es, hier weitere Verbesserungen zu erzielen.

Jenseits der letztlich nicht zielführenden Strukturdebatten sind es andere wesentliche Fragen, denen wir uns im jetzigen Reformprozess zu stellen haben. Diese wesentlichen Fragen beziehen sich

1. auf eine Stärkung des frühen Lernens und damit verbundene gute Verbindungen zwischen dem vorschulischen Bereich und der Grundschule;
2. auf verbesserte Lernstrategien, die Bildungsinhalte ebenso betreffen wie methodische und didaktische Fragen;
3. auf Bildungsstandards und deren Evaluation, die eine größere Vergleichbarkeit zwischen den Schulen und den Ländern in Deutschland ermöglichen;
4. auf die Frage nach der Gerechtigkeit beim Zugang zur Bildung;
5. auf verbesserte Wege der Integration angesichts der Tatsache, dass wir in Deutschland einen hohen Prozentsatz von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben.

Zu 1: Die Stärkung des frühen Lernens betrifft den vorschulischen Bereich ebenso wie die Grundschule. Die Hirnforschung hat uns in den vergangenen Jahren wichtige Erkenntnisse über Kompetenzentwicklung und Lernen in frühen Jahren geliefert. Es ist deshalb sinnvoll, in den kommenden Jahren bisherige vereinzelt Bemühungen in den Kindergärten weiterzuentwickeln zu einem Erziehungs- und Bildungsplan für die Jahre unmittelbar vor dem Schulbeginn. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Sprachentwicklung. Wir wissen aus Studien an medizinischen Fakultäten, dass jedes vierte Kind heute mit einer sprachverzögerten Entwicklung seine Schulzeit beginnt. Sprache ist nach allem, was wir aus der PISA-Studie wissen, der Schlüssel für den schulischen Erfolg. Damit ist zugleich eine wesentliche Quelle für Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit benannt. Jedes Kind muss am Schulbeginn die Chance eines altersgerechten Umgangs mit der deutschen Sprache haben. Dazu muss im vorschulischen Bereich die Möglichkeit angeboten werden, die Sprachentwicklung aller Kinder zu überprüfen und bei festgestellten schwerwiegenden Defiziten zu einer nachhaltigen Sprachförderung zu kommen. Das wird auch die Arbeit in den Grundschulen stabilisieren. Die Stärkung der Sprachkompetenz ist ein Unterrichtsprinzip und nicht beschränkt auf den Deutschunterricht.

Zu 2: Die PISA-Studie hat auf Defizite in der Unterrichtskultur aufmerksam gemacht. Vieles wird gelernt, ohne richtig verstanden und angewandt werden zu können. Wir brauchen eine Verschlinkung der Lehrpläne hin zu einem Kerncurriculum und damit verbundene Bildungsinhalte, die den Prozess des Verstehens von Zusammenhängen und den Weg zur Anwendung befördern. Das betrifft didaktische und methodische Fragen, die wiederum in einer weiterentwickelten Lehrerbildung eine Rolle spielen müssen. Eine Verbesserung der Lernstrategien und der damit verbundenen Qualität von Unterrichtskultur setzt eine Verbesserung der Lehrerbildung im Sinne einer frühzeitigen Beschäftigung mit dem künftigen Berufsort Schule und der Praxis des Unterrichtens voraus. Alle Reformansätze in diesem Bereich müssen an diesem Kriterium ausgerichtet sein.

Zu 3: Die nationale PISA-Studie hat ein dramatisches Nord-Süd-Gefälle zwischen den Ländern gezeigt. Vergleichbarkeit ist damit nicht gegeben, übrigens auch nicht in der Bewertung von gleichen Schülerleistungen. Deshalb müssen die Prozesse zu mehr Selbstständigkeit unserer Schulen gekoppelt werden mit standardsichernden Maßnahmen. Dazu gehören die in der Kultusministerkonferenz vereinbarten Bildungsstandards sowie die damit verbundene Evaluation, die uns Informationen über die Wirksamkeit des Unterrichts ermöglicht. Dazu gehören ebenso standardbildende vergleichbare zentrale Prüfungen, vor allem zum Abschluss der Schulzeit. Die heutige Mobilität verlangt unser besonderes Augenmerk auf mehr Vergleichbarkeit und damit verbundene Gerechtigkeit.

Zu 4: Die PISA-Studie hat gezeigt, dass der Zugang zur Bildung in Deutschland stärker von der Herkunft geprägt ist als in anderen Ländern. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, hier zu Verbesserungen zu kommen, die sich vor allem auf die bessere Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Schularten als zentraler Modernisierungsstrategie beziehen. In diesem Zusammenhang wird allerdings auch zu fragen sein, warum in Gesamtschulen das Problem noch weniger gelöst ist denn in den streng gegliederten Schulsystemen in Deutschland. Es ist das erklärte Anliegen der Gesamtschulen gewesen, gerade beim Zugang zu Bildung für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Diese Zielsetzung ist nach eindeutiger Aussage der PISA-Studie nicht gelungen.

Zu 5: Der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist in Deutschland hoch. Die Integration ist in den 16 Ländern sehr unterschiedlich gelungen. In Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg, die im nationalen Vergleich insgesamt Spitzenpositionen einnehmen, gelingt – nach Auskunft von Herrn Prof. Baumert – die Integration ausländischer Jugendlicher besser als anderswo. Dies macht den Vergleich bisheriger Förderkonzepte notwendig. Die Integration dieser Schülergruppe muss insgesamt besser gelingen, das heißt möglichst früh beginnen. Hier kommt dem vorschulischen Bereich und der Grundschule vor allem bei der Sprachförderung eine zentrale Rolle zu.

Die Veröffentlichung der PISA-Studie in ihren drei Deutungsschichten hat in Deutschland zu erregten Debatten geführt. Darin liegen Chancen und Versuchungen. Wenn die Debatte dazu führt, dass unsere Gesellschaft insgesamt eine höhere Sensibilität für die Erfordernisse der Bildung entwickelt, so wäre das gut. Dazu gehört übrigens auch die Stärkung von Erziehung. Hier ist eine verstärkte Erziehungspartnerschaft zwischen Familie und Schule wichtig. Bildung beginnt nicht erst in der Schule und auch nicht erst im Kindergarten. Im Blick auf die Bedeutung z.B. der Sprachentwicklung sind die ersten Lebensjahre von großer Bedeutung. Die Versuchung der derzeitigen Debatte besteht darin, einen Aktivismus zu entwickeln, der von Schlagworten geprägt ist und nachhaltige Verbesserungen verhindert. Genau solcher Ak-

tivismus zur Beruhigung der Öffentlichkeit bringt uns nicht weiter. Länder, die in der internationalen PISA-Studie gut abgeschnitten haben, sind bereit gewesen zu kontinuierlichen Entwicklungen über viele Jahre. Es gibt in diesem Zusammenhang keine raschen Erfolge, gleichwohl aber die Notwendigkeit, die richtigen Weichenstellungen im Blick auf die wesentlichen Fragen konsequent vorzunehmen. Dazu gehört auch, keine Verengungsgeschichten in dem Sinne zu schreiben, dass unter Bildung nur noch verstanden wird, was sich messen lässt. Darauf hat in den vergangenen Wochen vor allem Hartmut von Hentig hingewiesen. Das gilt es zu berücksichtigen, wenn wir jetzt an Bildungsstandards arbeiten. Es geht um Kenntnisse und Fertigkeiten, um besseres Verstehen und Erfahrungen, die dann auch zu besserem Wissen führen. Es geht um Orientierung, die Einübung von Verantwortung und die Gestaltung von Freiheit, um die Herausbildung von Urteilskraft und den Erwerb von schulischem Wissen, das auch Zusammenhänge erkennen lässt. Wir müssen uns also auch der Kritik stellen, dass unsere Schulen Schüler und Schülerinnen entlassen, die »kenntnisreich, aber erfahrungsarm, erwartungsvoll, aber orientierungslos, ungebunden, aber auch unselbstständig [sind] – und einen erschreckend hohen Anteil unter ihnen ohne jede Beziehung zum Gemeinwesen, entfremdet und feindlich bis zur Barbarei«. ¹

Die Autorin ist seit 1995 Kultusministerin in Baden-Württemberg

Verf.: Dr. Annette Schavan, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg, Postfach 10 34 42, 70029 Stuttgart

1 Hartmut von Hentig: Die Schule neu denken. Weinheim/Basel/Berlin 2003, S. 10.